Calwer Tagblatt

Nr. 8. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 60 Pfg. Reklamen 2.— Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9. | Mittwoch, den 12. Januar 1921. | Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Eine deutsche Note über die unerträglichen Zustände in Oberschlesien.

Unzulängliche Maßnahmen der Ententekommission.

Berlin, 11. Jan. In einer heute der Botschafterkonferenz in Paris übermittelten Note, die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist, legt die deutsche Regierung in Ergänzung der in ihrer Note vom 4. ds. Mts. gemachten Mitteilung eingehend die von Tag zu Tag unerträglicher werdenden Zustände dar, wie sie sich seit dem blutigen polnischen Augustaufstand fortentwickelten, deren weitere Ausdehnung seinerzeit nur durch die Ruhe und Besonnenheit der deutschen oberschlesischen Bevölkerung eingedämmt wurde. **Unerhörte Gewalt- und Greueltaten folgen sich in ununterbrochener Reihe. Kein Tag vergeht ohne schwere Raubüberfälle.** Wohlausgerüstete Räuberbanden treten vor allem in den an Polen grenzenden östlichen und südlichen Bezirken auf und halten die friedlichen Bewohner dieser Distrikte in ständiger Unruhe und Sorge. Die Polen üben in allen nur denkbaren Formen politischen Terror. Deutsche Versammlungen werden mit Handgranaten und Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Politische Mordanschläge und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte zivilisierter Völker dasteht. Nach einer Statistik haben die gemeinen Verbrechen im Bereich der Polizeidirektion Kattowitz seit Eintreffen der Interalliierten Kommission außerordentlich zugenommen. Die Anzahl der Morde ist rund um 243 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen. Die Zustände sind derart, daß, wenn überhaupt eine ordnungsmäßige Abstimmung stattfinden soll, mit größter Beschleunigung und äußerster Energie rücksichtslos Abhilfe geschaffen werden muß. Die trostlose Lage in Oberschlesien hat ihre Ursache in der **Unzulänglichkeit der Maßnahmen der Interalliierten Kommission, die es trotz der ihr zur Verfügung stehenden Truppen unterläßt, irgendwie energisch gegen die Verbrecher und Banditen vorzugehen** und von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unparteiisch Gebrauch zu machen. Die Interalliierte Kommission hat auch **die ausgezeichnete deutsche Polizei aufgelöst und an ihre Stelle mit unsicheren Elementen stark durchsetzte Polizeikräfte gesetzt**, die in keiner Weise für ihre Aufgabe taugen. Besonders in den Grenzbezirken ist es wegen der Unzulänglichkeit der Polizeikräfte unmöglich, des gemeinen und des nationalistischen Verbrechertums Herr zu werden, das die Gewißheit hat, jederzeit leicht über die Grenze zu entkommen. Die Zustände an der oberschlesischen Süd- und Ostgrenze spotten jeder Beschreibung. Auch die Beschaffenheit der Grenze selbst bietet dem Ueberschreiten an unerlaubter Stelle keine besonderen Schwierigkeiten. Das Ueberschreiten der Süd- und Ostgrenze wird zudem durch die Aufstellung von gänzlich unkontrollierten und praktisch auch unkontrollierbaren Sammelpässen sehr erleichtert, auf Grund deren dann die Leute zu Hunderten über die Grenze laufen. Die deutsche Regierung muß aber verlangen, daß ohne jeden Verzug die Absperrung der Süd- und Ostgrenze derart durchgeführt wird, daß der Uebergang über die Grenze einzig und allein auf die von der Interalliierten Kommission bestimmten Straßen beschränkt bleibt und daß durch genügende Besetzung mit Wachen und Posten ein unerlaubtes Ueberschreiten der Grenze unmöglich gemacht wird. Zur Beseitigung der Unsicherheiten müßten ferner auf die gemeinen Vergehen abschreckende Strafen gesetzt werden. Es darf auch vor der Anwendung des Standrechts gegen Plünderung und Mord nicht zurückgeschreckt werden. Die deutsche Regierung erwartet von den alliierten Regierungen, die die Verantwortung für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oberschlesien und für die gerechte Durchführung der Abstimmung übernommen haben, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um in den bedrohten Grenzbezirken Ruhe und Ordnung zu schaffen und der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und unbeeinflußte Abstimmung unmöglich ist.

*

Die der deutschen Note beigefügten Anlagen geben ein trostloses Bild von den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen in Oberschlesien und enthalten eine Auswahl der besonders markanten Gewalttaten der letzten vier Monate. Gegen das Bandenunwesen hat sich nach den angeführten Beispielen die Abstimmungspolizei als völlig machtlos erwiesen. Die Liste der politischen Mordanschläge und Morde bildet ein besonders trauriges Beweisstück für die Zustände in Oberschlesien. Die Anlage schildert ferner die Schwierigkeiten, die in dem Zusammenarbeiten zwischen der staatlichen, jetzt oberschlesischen Spezialpolizei, und der Polizei Oberschlesiens, der Abstimmungspolizei, bestehen, die durch ihre schlechte Bewaffnung zur Ohnmacht gegen die Verbrecherbanden verurteilt sind. Auch der Uebertritt bewaffneter Banden aus Polen hat sich eher vermehrt, seit die Polizei Oberschlesiens die Absperrung der Grenzen übernommen hat. In dem Schlußstück der Anlage werden 22 Fälle aufgeführt, in denen es Schwerverbrechern gelungen ist, nach vollbrachter Tat die Grenze zu überschreiten und ungefährdet polnisches Gebiet zu erreichen.

Kattowitz, 11. Jan. In Friedrichsgrube wurden am 10. ds. Mts. zwei Dynamitbomben in das Gasthaus von Gotthilf geworfen. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen, doch ist der Sachschaden sehr groß. 80 Fensterscheiben sind zertrümmert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Neue polnische Putschpläne in Oberschlesien.

Berlin, 12. Jan. Wie die „Vossische Zeitung" aus Kreisen der oberschlesischen Industrie erfährt, tragen die Gerüchte über Putschpläne ernsthaften Charakter. Die Pläne sehen auch den Einmarsch der in zunehmender Stärke an der polnischen Grenze versammelten polnischen Truppenteile vor. Man hoffe aber, daß der von den Putschplänen unterrichtete General Lerond nunmehr mit aller Entschiedenheit dagegen einschreiten werde.

Der Stand der Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 11. Jan. In der seit Sonntag tagenden Sitzung des erweiterten Vorstands des Deutschen Eisenbahnerverbands gelangten Entschließungen zur Annahme: 1. Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerung auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Teuerungszuschlags für unsere Beamten und Arbeiter so erheblich selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, daß eine Beruhigung des Reichseisenbahnpersonals ganz ausgeschlossen ist. Was außerdem den besonderen Unwillen der an der Bewegung Beteiligten verursacht, ist die unsoziale Abstufung der Zulagen. Der erweiterte Vorstand beschließt, die bisher im Sechzehnerausschuß zusammengefaßten Verbände zu ersuchen, die Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um durch ein gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen. Der erweiterte Vorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand des Verbands, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die **Verhandlungen weiter zu führen und im Bedarfsfall auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzuschrecken.** 2. Die verantwortlichen Verbandsinstanzen, Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigte, sind verpflichtet, sich angekündigten Teilstreiks mit aller Energie zu widersetzen. Entsteht trotzdem irgend ein Teilstreik, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung dafür abzulehnen. 3. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbands legt Verwahrung ein gegen die unwahre Berichterstattung über die Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit der Regierung, wie sie in der „Roten Fahne" beliebt wird. Der erweiterte Vorstand hält die Pressehetze der „Roten Fahne" für umso bedenklicher, als sie geeignet ist, die Einheitsfront der Eisenbahner zu zerschlagen. Er ersucht die Eisenbahner, sich durch dieses Treiben nicht beirren zu lassen und sich umso fester um ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu scharen. — Am 12. Januar, vormittags, werden Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund stattfinden.

Berlin, 12. Jan. Außer dem Deutschen Eisenbahnerverband wurde gestern auch von den anderen Eisenbahnerorganisationen zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Sechzehnerausschuß Stellung genommen. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" mitteilt, sind zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden, doch lassen die Beratungen bereits erkennen, daß die **Zugeständnisse des Reichsfinanzministeriums als unzureichend abgelehnt werden dürften.** Eine Entschließung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) erklärte, daß die Abmachungen besonders in den unteren Lohn- und Gehaltsklassen ganz unzureichende Einkommenserhöhungen bringen. Es wird im übrigen von den großen Organisationen der Eisenbahner eine Ergänzungsaktion vorgeschlagen, die vom Sechzehnerausschuß der Reichsregierung gegenüber vertreten werden soll und durch die der Not der Beamten und Arbeiter ausreichend abgeholfen werden kann.

Berlin, 11. Jan. Bei der Urabstimmung über den Streik der Eisenbahnbeamten haben, nach dem bisherigen Ergebnis, von 319 732 Beamten 235 000 abgestimmt. Davon stimmten für den **Streik 192 953 oder 60,3 Prozent. Es** ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Süddeutschland der Prozentsatz für den Streik wesentlich heruntergehen wird, voraussichtlich bis unter 50 Prozent.

*

Die Verhältnisse im Eisenbahnbetrieb.

Wir werden um Aufnahme eines Berichts über die Verhältnisse im Eisenbahnbetrieb ersucht, wie sie auf dem 10. Kongreß der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands in Essen von einem Eisenbahner geschildert wurden. Der Bericht soll die Gründe darlegen, die zu den finanziellen Schwierigkeiten der Eisenbahnverwaltung geführt haben, und die Behauptungen widerlegen, als ob die Gehaltserhöhungen die Hauptschuld an diesem Finanzelend tragen. Der Bericht lautet:

Die beiden letzten Vorträge geben Veranlassung, uns mit den Verhältnissen im Eisenbahnbetrieb zu beschäftigen. Verhältnisse, die ein warnendes Exempel für diejenigen sein sollten, die da glauben, durch sozialistische Betriebe nach Art unserer Reichseisenbahn zu ihrem langersehnten Ziel zu kommen.

Und zwar müssen die Verhältnisse nach den verschiedenen hier erörterten Gesichtspunkten beleuchtet werden.

Zunächst wird von einem Staatsbetriebe verlangt, daß er produktiv und rentabel ist. Beides ist die Eisenbahn heute nicht. Sie hat ein Defizit von 16 Milliarden Mark. Das Resultat ist der Oeffentlichkeit nur zu gut bekannt, durch die monatelang immer wiederkehrenden tendenziösen Presseartikel, in denen den Eisenbahnbediensteten die Schuld am Defizit zugeschoben wurde. Es ist notwendig hier festzustellen, daß die Dinge ganz anders liegen.

Während des Krieges wurde ein großer Raubbau an dem Material getrieben. Er mußte getrieben werden, weil eine andere Rücksicht als auf den Sieg nicht aufkommen konnte. All das verwüstete Material muß jetzt zu den unermeßlich hohen Preisen wieder erneuert werden. Das bedeutet Summen, die in Milliarden gehen. Es ist Kriegsschuld, die nicht auf das Konto der Eisenbahn gesetzt werden dürfte.

Ein weiterer schwerwiegender Grund, der die unheilvollsten Folgen hatte, waren die Masseneinstellungen von Arbeitern nach der Demobilmachung, die zu zweckentsprechender Arbeit aufzunehmen die Verwaltung gar nicht in der Lage war. Für diese 150 000 Menschen, die gar nicht in der Lage waren, produktive Arbeit zu verrichten, mußten Löhne gezahlt werden. Was hier in der Form von Löhnen an Arbeitsunterstützung gezahlt wurde, ist mit 2½ Milliarden Mark nicht zu hoch veranschlagt. Das Schlimmste aber war die moralische Wirkung, die dieses Heer von Leuten, die einfach nicht arbeiten konnten, auf die Stammarbeiterschaft ausüben mußte. Wir haben rechtzeitig unsere warnende Stimme erhoben. Ich selbst habe im Dezember 1919 dem zuständigen Regierungsrat bei der Direktion Elberfeld in langen Ausführungen das, was naturnotwendig kommen mußte, klargelegt und erhielt zur Antwort: „Sie haben recht, aber ich habe nicht den Ehrgeiz, etwas zu tun. Das ist Sache meines Chefs, des Herrn Ministers. Dieser wieder ist gebunden durch die Verfügungen des Demobilmachungskommissars." So torkelte die Verwaltung blind und taub in das Verhängnis hinein.

Was nun der Finanzlage vollständig den Rest geben mußte, waren die ungeheuren Materialpreissteigerungen und die durchaus ungenügenden Tariferhöhungen, die noch dazu viel zu spät eingeführt wurden. Wir haben kürzlich in unserem Verbandsorgan nach den Februarzahlen v. J. festgestellt, daß der Prozentsatz der Gesamtausgaben an Materialien von 23 Prozent im Jahre 1912 auf 57 Prozent im vorigen Jahre gestiegen war. Hier hätte der Hebel angesetzt werden müssen. Diese Zahlen muß man kennen, um zu verstehen, daß jüngst der Hüttenkonzern „Phönix", einer der Großlieferanten der Eisenbahn, eine Dividende von 60 Prozent und ein Bonus von 20 Prozent ausschütten konnte. So etwas ist ein Skandal, der zum Himmel schreit. Demgegüber war die Tarifpolitik, wie schon gesagt, eine durchaus verfehlte. Wenn die Eisenbahntarife mit der übrigen Preissteigerung in Einklang gebracht werden sollen, dann müßte jetzt eine Erhöhung der bestehenden Tarifsätze um mindestens 150 Prozent erfolgen. Wir sind uns nun auch dessen bewußt, daß eine solche Erhöhung volkswirtschaftlich nicht möglich sein dürfte. Dementsprechend hätte der Staat aber frühzeitiger eingreifen müssen, um die Materialpreise zu senken. Wir tragen nicht schuld an diesen Zuständen. Wir haben in Eingaben und Denkschriften im Frühjahr 1919 auf die kommenden Dinge hingewiesen und eine Reihe praktischer Vorschläge gemacht. Leider vergebens. Wir müssen leider feststellen, daß es hier am guten Willen der Verwaltung gefehlt hat.

Ein „sozialisierter" Betrieb, wie viele Leute den Eisenbahnbetrieb nennen, soll in der Frage der Entlohnung seiner Bediensteten wenigstens gerecht sein. Wie steht es da bei uns? Ich sage: Keine andere Berufsgruppe in Deutschland würde Zustände, wie sie bei der Eisenbahn herrschen, auch nur 24 Stunden ertragen! Als Beweis nur einige Zahlen. Im Eisenbahn-Direktionsbezirk Elberfeld hatten im Monat Oktober 17 Prozent aller Beamten ein Einkommen von unter 600 *M*, 25 Prozent ein

...ßt wurde, wurde dieser ...dächtigt. Eine Ver... an dem eingedrückten ...n zu dem Ergebnis, daß ... Der aus der Straf...s, Landstreicherei und ...en Diebstahl und will ... Ein Sachverständiger ... das Fingerabdrückver...schen und wissenschaft...aß im gegebenen Fall ...en ausschlaggebend sei. ...en des Sachverständigen ...erwertigen Angeklagten ...er Diebstahls gegen ihn ... auf eine Gesamtstrafe ...nis, sowie zu 5jährigen

...on hier gebürtige Groß... seiner Vaterstadt a... ...gsnot ein Wohnhaus ...and von 350 000 *M* zu ...chenken.

...o Seltmann, Calw. ...en Buchdruckerei, Calw.

...llinger ...llinger ...ler ...lte Neuhengstett.

Verein Calw. ... Januar 1921, abends ...le des „Badisch. Hofes" ...t Daser, ...ungsinspektor, einen ...dlungsbauten ... Mitglieder und weitere ...st eingeladen. Der prov. Ausschuß.

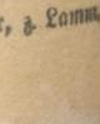
...übsch möbliertes, heizbares Zimmer zu mieten gesucht. Angebote mit Preis unt. K. H. 5 ...d. Geschäftsst. d. Bl. erbet.

Ein hübsch möbliert., heizb. Zimmer ...ro Monat 85 Mk. Bezahlg. ...u mieten gesucht. Angebote sind zu richten ...nter A. C. 7 an die Ge...schäftsstelle des Blattes.

Ein größeres Magazins-Gebäude ...t gutem baulichen Zustande ...günstiger Lage Calws zum ...mbauen für Geschäfts- und Wohnräume geeignet zu verkaufen. Angebote unter C. H. 6 ...n die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Ehe Sie einen Rauchkasten kaufen verlangen Sie Prospekt von Gebr. Dongus, Deckenpfronn.

Agenbach. 6 Wochen alte Halb-Hunde



...erkauft Joh. Wurster, z. Lamm.

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Erloschen ist die Seuche in Monakam. Die Sperrmaßregeln werden aufgehoben.

Calw, 8. Januar 1921.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Verordnung des Arbeitsministeriums, betreffend die Beschäftigung weiblicher Personen in Gast- und Schankwirtschaften.

Vom 4. Januar 1921.

Auf Grund des Reichsgesetzes über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften vom 15. Januar 1920 (RGBl. S. 69) wird für das Gebiet des württ. Staates angeordnet:

§ 1.

Als weibliche Bedienung im Sinne dieser Verordnung gelten alle weiblichen Personen, die in Gast- und Schankwirtschaften zur Bedienung der Gäste oder zu deren Unterhaltung durch Gespärche, Musizieren oder dergl. angestellt oder in dieser Weise in der Wirtschaft tätig sind, derart, daß ein unmittelbarer Verkehr mit den Gästen stattfindet, auch wenn sie daneben noch andere Arbeiten verrichten.

Als Wirt im Sinne dieser Verordnung gilt auch, wer für den Wirt als Stellvertreter, Geschäftsführer oder Beauftragter die Aufsicht über den Geschäftsbetrieb führt.

§ 2.

Wer in der von ihm betriebenen Gast- und Schankwirtschaft weibliche Bedienung im Sinne des § 1 verwenden will, hat dies vorher der Ortspolizeibehörde anzumelden.

§ 3.

Die Beschäftigung weiblicher Personen in einer Gast- oder Schankwirtschaft im Sinne des § 1 kann untersagt werden, wenn dadurch die Interessen der Gesundheit, der Aufrechterhaltung der guten Sitten, der Ordnung oder des Anstandes gefährdet werden. Insbesondere kann sie untersagt werden, wenn in den in Frage stehenden Räumen innerhalb der letzten drei Jahre ein übelberüchtigter Schankbetrieb stattgefunden hat.

Sie ist zu untersagen:

1. wenn die Person des Betriebsinhabers oder seines Stellvertreters keine hinreichende Gewähr für einen genügenden Schutz der sittlichen und gesundheitlichen Interessen der im Betrieb beschäftigten weiblichen Personen bietet,
2. wenn die Räumlichkeiten der Gast- und Schankwirtschaft für eine sittlich oder gesundheitlich ungefährdete Beschäftigung und zutreffendenfalls Unterbringung weiblicher Personen nicht geeignet sind,
3. wenn Umstände vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Beschäftigung weiblicher Personen hauptsächlich erfolgen soll, um Gäste anzulocken und zu übermäßigem Verbrauch, insbesondere geistiger Getränke, anzureizen.

§ 4.

Zuständig zu einem Verbote gemäß § 3 ist

a) in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern die Ortspolizeibehörde,
b) im übrigen das Oberamt.

§ 5.

Die Beschäftigung weiblicher Personen unter zwanzig Jahren ist nur mit Erlaubnis der Polizeibehörde — siehe § 4 — gestattet. Die Erlaubnis soll in der Regel nur für Personen über 18 Jahren und nur dann erteilt werden, wenn der Betrieb eine Gewähr für sachgemäße Ausbildung und geordnete Beschäftigung bietet. Auf Verlangen der Anzustellenden muß der Vertrag über das Dienstverhältnis schriftlich abgeschlossen werden. Vor Erteilung der Erlaubnis ist das zuständige Jugendamt zu hören.

Die Erlaubnis ist zu entziehen, wenn der Betriebsinhaber oder sein Stellvertreter sich grober Pflichtverletzungen in Beziehung auf das Dienstverhältnis schuldig gemacht hat oder wenn Tatsachen vorliegen, die ihn in sittlicher Beziehung als ungeeignet zur Beschäftigung weiblicher Personen erkennen lassen.

§ 6.

Der Betriebsinhaber hat der Ortspolizeibehörde jeden Ein- oder Austritt weiblicher Personen, die gemäß § 1 beschäftigt werden, binnen 24 Stunden anzuzeigen. Er hat ein fortlaufendes Verzeichnis der bei ihm beschäftigten weiblichen Personen zu führen, in seinem Betriebe aufzubewahren und den Aufsichtsbeamten auf Verlangen jederzeit vorzulegen. Das Verzeichnis hat Vor- und Zunamen, Jahr und Tag der Geburt und den letzten Aufenthaltsort der Beschäftigten sowie ihre vorhergehende Beschäftigungsstelle, endlich den Ein- und Austrittstag im einzelnen Fall zu enthalten.

§ 7.

Die Beschäftigung weiblicher Personen ist nur gegen festen und angemessenen Barlohn zulässig. Tariflöhne gelten als angemessen. Auf den Lohn dürfen nur die Kosten der Wohnung und Verpflegung nach ortsüblichen Sätzen angerechnet werden; außer den gesetzlich vorgeschriebenen Abzügen für Versicherungen, Steuern usw. dürfen weitere Abzüge, wie für Bruchgeld, Putzgeld, Zeitungen, Aushilfspersonal und dergl. nicht gemacht werden. Unzulässig ist jede Beteiligung am Gewinn oder Umsatz. Abweichungen von dieser Vorschrift sind nur auf Grund eines Tarifvertrags zulässig.

Ueber die Abrechnung zwischen den weiblichen Angestellten und dem Betriebsinhaber ist Nachweis zu führen. Die Polizeibehörden (s. § 4 dieser Verordnung) sind ermächtigt, Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen.

§ 8.

In Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung müssen die Räume, in denen Speise- und Schankwirtschaftsbetrieb stattfindet, übersichtlich und von der Straße unmittelbar oder leicht zugänglich sein. Einrichtungen, durch die Räume oder Plätze versteckt oder irgendwie dem freien Ein- und Ausblick entzogen werden, sind verboten. Wenn die Gast- oder Schankwirtschaft in mehreren Räumen betrieben wird, muß jeder dieser Räume für das Aufsichtspersonal ohne weiteres zugänglich sein.

Die Polizeibehörden sind befugt, Ausnahmen zuzulassen. Sie können ergänzende Vorschriften erlassen.

§ 9.

Auf das Vorhandensein weiblicher Bedienung darf durch öffentliche Ankündigungen oder durch Zeichen an den Wirtshäusern nicht hingewiesen werden.

§ 10.

Die Wirte sind dafür verantwortlich, daß die in ihrem Betrieb beschäftigten weiblichen Personen kein anstößiges, auffälliges oder unziemliches Verhalten den Gästen gegenüber an den Tag legen.

Der weiblichen Bedienung ist insbesondere verboten:

a) anstößige Kleidung zu tragen,
b) durch auffälliges oder unziemliches Verweilen an den Fenstern oder Eingangstüren der Gasträume oder des Gasthauses oder in anderer Weise Gäste anzulocken,
c) von den Gästen für sich oder für andere Speisen oder Getränke zu erbitten oder anzunehmen oder die Gäste zum Trinken anzuhalten.

Für einzelne Betriebe können die Polizeibehörden (siehe § 4) weitergehende Vorschriften erlassen, insbesondere können sie Bestimmungen darüber treffen, daß nicht mehr weibliche Hilfskräfte eingestellt werden und in der Wirtschaft anwesend sind, als nach Größe und Art des Betriebs für eine einwandfreie Wirtschaftsführung erforderlich sind. Für einzelne Betriebe kann die zulässige Höchstzahl der weiblichen Hilfskräfte bestimmt werden.

§ 11.

Einer weiblichen Person, gegen die Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß sie bei Ausübung ihres Berufes die Vorschriften der Gesundheit, der guten Sitte und des Anstandes verletzt, ist durch die Ortspolizeibehörde die Beschäftigung in einer Gast- oder Schankwirtschaft zu untersagen.

§ 12.

Wer bei Inkrafttreten dieser Verordnung weibliche Personen gemäß § 1 beschäftigt und die Weiterbeschäftigung beabsichtigt, hat die Anmeldungen nach §§ 2 und 6 binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung vorzunehmen. Die zur Beschäftigung weiblicher Personen unter zwanzig Jahren nach § 5 erforderliche besondere Erlaubnis ist für die beim Inkrafttreten der Verordnung beschäftigten weiblichen Angestellten ebenfalls binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten nachzusuchen.

§ 13.

Die §§ 1—3, 5—8 und 12 gelten nicht für die Beschäftigung der Ehefrau oder der Töchter des Witrs in seinem Betrieb.

§ 14.

Verbotswidrige Beschäftigung von weiblichen Personen und andere Zuwiderhandlungen gegen dese Anordnung oder die auf Grund dieser Anordnung ergangenen Vorschriften der Polizeibehörden werden gemäß dem Gesetz über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften vom 15. Januar 1920 (RGBl. Seite 69) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10000 M oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bestraft; § 151 der Gewerbeordnung findet entsprechende Anwendung.

§ 15.

Diese Verordnung tritt mit dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.

Schall.

---

solches unter 700 M und 70 Prozent aller Beamten ein solches unter 900 M. Es trifft wörtlich zu, wenn ich sage: „Wie während der ganzen Kriegszeit tun auch heute die Eisenbahner ihre Pflicht und hungern wie keine Berufsgruppe in ganz Deutschland". Der Minister hat jüngst in seiner Rede den Notstand anerkannt. In Berlin finden Sitzungen und Verhandlungen statt. Es wird geredet und praktisch geschieht nichts. Zum letztenmal sei noch einmal gewarnt. Das Maß ist voll. Kommt es zur Katastrophe, so trägt niemand die Schuld als Regierung, Reichstag und Verwaltung.

Zur auswärtigen Lage.

Fortsetzung der Brüsseler Finanzkonferenz Ende Januar.

Brüssel, 11. Jan. Wie hier verlautet, wird die Konferenz der Sachverständigen Ende Januar ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

London, 11. Jan. Der Berliner Korrespondent der „Daily News" meldet seinem Blatte die **wichtigsten von den 41 Punkten**, die in dem der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten **Fragebogen** enthalten sind. Diese beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung hervorragender Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, Steuern, Staatseinnahmen und -Ausgaben, die Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommens bezahlten Gelder, die Zahl der Staatsangestellten, die Kosten des Besatzungsheeres, die deutschen Gelder im Ausland, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursachen, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und die Kohlenvorräte in Deutschland.

Die alten Redensarten der französischen Politik.

Paris, 11. Jan. Ministerpräsident Leygues hatte gestern mit dem Direktor der „Ere Nouvelle" eine Unterredung, in der er erklärte, bevor Deutschland zum Völkerbund zugelassen werde, müsse es beweisen, daß es den guten Willen habe, loyal die Verpflichtungen zu erfüllen, die es gegen Frankreich übernommen habe. Zur Stunde könne das französische Budget nicht balanciert werden, weil Frankreich Deutschland 16 Milliarden vorgeschossen habe. Das französische Volk werde nicht lange eine derartige Last ertragen. Sei es zulässig, daß Deutschland sich beklage und daß es von Frankreichs Freunden beklagt werde, in deren Ländern nichts zerstört, und deren Zukunft nicht mit einer starken Hypothek belastet sei. Er sei kein Mann des Hasses und gestehe auch, daß Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten müßten. Europa würde 40 Grad Fieber haben, wenn Frankreich und Deutschland nicht zu normalen Beziehungen zurückkehrten. Aber damit dieses Zusammenarbeiten möglich werde, müsse Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen. — Die es nicht erfüllen kann, weil sie so gestellt sind, daß eine Erfüllung gleichbedeutend mit völkischem Selbstmord sind. Europa wird allerdings in ungeheuren Fieberzustand geraten, wenn Deutschland und Frankreich nicht endlich zu normalen Beziehungen gelangen, aber **Schuld daran trägt nur Frankreich** und seine Alliierten, die dessen Raub-, Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik unterstützen.

Oestreichs furchtbare Lage.

Berlin, 12. Jan. Der Führer der Anschlußbewegung in der Christlich-sozialen Partei, der frühere österreichische Staatssekretär Dr. Viktor Kataja, befindet sich augenblicklich in Berlin. Er erklärte einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung", daß er aus eigener Initiative einiger deutschen Staatsmännern und Politikern persönliche Mitteilungen über die trostlose Lage des heutigen Oesterreich, insbesondere der Stadt Wien, machen werde. Er bezeichnete es als wichtigste Aufgabe jedes österreichischen Politikers, einen Helfer für **das völlig zu Grunde gerichtete Oesterreich** zu finden und sagte: **Die Urheber des Friedens von St. Germain können nicht verlangen, daß ein Volk von sechs Millionen Selbstmord begeht, ohne den letzten Versuch seiner Rettung unternommen zu haben.**

Neue Bauernaufstände in Südrußland.

Paris, 11. Jan. Aus Helsingfors meldet die Ruß Union neue Erfolge der aufständischen Bauern westlich und nordwestlich von Kiew. Nach der Vernichtung der Roten Garnison von Makarow seien die Aufständischen nach Norden abgezogen und hätten die Bahnlinie Koriston—Borodianke abgeschnitten und seien auf Castomdey, 40 Kilometer nordwestlich von Kiew, marschiert. Zahlreiche Bauern hätten sich auf diesem Wege mit den Aufständischen vereinigt, die im Besitze von Artillerie und Maschinengewehren seien, die von den deutschen Truppen seinerzeit zurückgelassen und seit 1918 von den Bauern versteckt worden seien. Die Zahl der Aufständischen wird auf 26000 geschätzt.

Amerika beteiligt sich nicht mehr an den Botschaftersitzungen der Entente.

Paris, 11. Jan. Wie der „Matin" meldet, hat der amerikanische Botschafter, Vallace, dem Ministerpräsidenten Leygues mitgeteilt, daß er nicht mehr an den Sitzungen des Botschafterrates teilnehmen werde. Er hat auch erklärt, daß die amerikanische Regierung bei der Sitzung des Obersten Rates am 19. Januar sich nicht vertreten lassen werde. Nach einer Radiomeldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten sich jedoch weiter im Reparationsausschuß und in der Rheinlandskommission vertreten lassen.

Paris, 11. Jan. Ueber die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt haben, **sich fernerhin nicht mehr an den Sitzungen des Botschafterrats** zu beteiligen, wird der Agentur Havas heute vormittag aus Washington gemeldet: Obschon die Beamten des Staatsdepartements sich weigerten, diese Frage zu erörtern, gaben sie zu, daß die amerikanische Regierung auf der in der nächsten Woche stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidenten nicht vertreten sein würde. Sie erkenne ferner an, daß der Botschafterrat es den Vereinigten Staaten gestattet habe, nach dem Kriege Berührung mit der europäischen Lage zu haben. Sie müßte aber zugeben, daß die weitere Vertretung Amerikas im Botschafterrat als eine Anomalie anzusehen sei im Hinblick darauf, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifizert habe. In der Meldung ist nicht gesagt, wie die Radio-Agentur heute verbreitet, daß Amerika sich an den ferneren Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission und der Rheinschiffahrtskommission beteiligen werde. Die betreffende Meldung der Radio-Agentur fand demnach bisher keine Bestätigung.

Paris, 11. Jan. Dem „Newyork Herald" wird aus Washington gemeldet: Der Schritt der Vereinigten Staaten in Sachen ihres Fernbleibenens von den Beratungen des Botschafterrats wird durch eine direkte Note an den Botschafterrat in Paris erfolgen. Ebenso wird das Staatsdepartement den diplomatischen Vertretern der anderen im Botschafterrat beteiligten Mächte in Washington die Mitteilung machen. Die amtlichen Kreise seien der Ansicht, daß kein anderes Vorgehen möglich sei, wenn man **dem durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten Willen des amerikanischen Volkes entsprechen wolle**, da das Volk in so entscheidender Weise den Völkerbund abgelehnt habe Das Vorgehen Amerikas lasse die Frage der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland ungeregelt.

Vermischtes.

Abweisung eines französischen Entschädigungsanspruchs.

Mainz, 11. Jan. Die „Mainzer Volkszeitung" meldet: Die Regierung hat das Angebot der französischen Regierung, den Eltern des gelegentlich einer Tanzbelustigung in Ingelheim getöteten Mädchens 25000 Franken zu zahlen, als ungenügenden Zahlungsersatz erachtet und abgewiesen.

Anwachsen der Erwerbslosenzahlen.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1920 erneut und zwar nicht unerheblich gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 15. Dez. im Reiche 365307 gegen 350368 am 1. Dez., die Zahl der mitunterstützten Familienangehörigen 380384 gegen 352252. Ist auch bei diesen Ziffern der Einfluß der Jahreszeit nicht zu verkennen, so werden doch in erster Linie der verschärfte Kohlenmangel und die noch immer bestehenden Absatzschwierigkeiten für die Zunahme der Erwerbslosigkeit verantwortlich zu machen sein.

Liebesdrama.

Hannover, 11. Jan. Der 18 Jahre alte Primaner Nölke, der ein Liebesverhältnis mit einer Brasilianerin unterhielt, die mit zwei Kindern auf Zwangsabvermietung bei seinen Eltern wohnte, erschoß die beiden 6 und 7 Jahre alten Kinder der Frau und dann sich selbst. Die Brasilianerin machte einen Vergiftungsversuch, wurde aber noch lebend dem Krankenhaus zugeführt.

Schlemmerleben in Wien.

Die Wiener Blätter wenden sich gegen die Ausschreitungen in der Silvesternacht in Wien in einer Reihe von Vergnügungs- und Tanzlokalen und stellen fest, daß für eine Flasche minderer Sorte Wein 400 Kronen, für eine Flasche Sekt 1800—2600 Kronen und für Fleischspeisen 200—400 Kronen, für ein Stück Gebäck 50 Kronen verlangt und bezahlt wurden. Es gab riesige Zechen. In einem Tanzlokal machte eine aus sechs Personen (Ausländern) bestehende Gesellschaft eine Zeche von 20000 Kronen, das sind 285 Dollars.

Aus Stadt und Land.

Die Schule beim Jahreswechsel.

Noch kurz vor Jahresschluß brachten die Ausführungsbestimmungen zum Notschulgesetz die Errungenschaften des vergangenen Jahres für Württemberg unter Dach. Es sind der Neuerungen nicht wenige, und wenn die pekuniäre Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht unter den Nullpunkt gesunken ist, werden sie im Lauf der Zeit wohl auch durchgeführt

werden. Einige der
gehoben werden.
Am 1. Mai begin
und damit der Abbau
schulen. Gleichzeitig
Schulpflicht in die S
1. Mai 1921 in die
schule 8 Jahre lang
es irgend erlauben,
schon vor der Endfri
es bei den Mittel
mit dem 1. Mai 192
unserer Stadt Calw,
Schulbesuch umzustelle
schule viele neuen Fr
Lande, das immer me
Denn sie ist reine M
als namentlich auch
Rolle denn je spielt,
stellt ist. Hiezu tritt
Mit dem 1. Mai
telfreiheit an de
für die Neueintretend
durchgeführt sein, w
rascheres Tempo der D
ist es aber unbenomm
Lernmittel zu beschaff
bleiben Eigentum der
schädigung derselben
pflichtig.
Schon am 15. Ja
nung des Ortsf
Vorsitzenden hat der
lehrer oder einziger S
schäfte zu führen. D
Anspruch der Schule
Rechnung getragen w
Neu ist auch die
schulstudium. Bi
bestimmten geistigen
macht. Ob er künftig
abhängig sein wird?
narzeit die Ausbildu
früher ein Vermögen
des Besoldungsgesetzes
und Anwärterdienstze
liche Besoldungsdiens
Jahre; bei den mitt
beginnt der Anfangs
Jahr. Die Voranwä
der ungeheuerlichen
mindesten auf ein W
Das neue Jahr
Volk, was die Schule
neue Organisationen.
Was uns not tut,
Formen, sondern
schafft. Was helfen
angesichts der sittlich
unserer Jugend; ange
absoluten Mangels
finnung, ohne die je
fordert einen neuen
statt materieller Gesi
Idealismus. Wie ge
diesem Gebiet des Si
lich sind! Wer soll
wollen das Unserige
ethischen Fächern. D

Isabe

Kaiser Karl d

7) Historische G

Es tat ihr leid, d
eine Nase habe, die ein
daß keine Augen sei
Haare den zarten S
Liebe minderte das n
buche, um sich wieder
und beweglichen Rü
Bildung zu entfalten
den Alraun waschen,
Hirse auf den rauhe
Haaren, so würden
entwickeln, nur müsse
sollte, ein Wacholde
werden sollte, eine
Sämereien alle herbe
gestohlene Hirse geb
häufig zum Räuchern
nie leiden können, je
Handvoll übrig geblie
noch voll roter Früch
wurde herbeigeschafft,
eingedrückt, sie merkte
Liebe schief küßte;
Kerne ein, es schien

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

werden. Einige der wichtigsten Bestimmungen sollen hervorgehoben werden.

Am 1. Mai beginnt die Einrichtung der Grundschule und damit der Abbau aller privaten u. öffentlichen Elementarschulen. Gleichzeitig tritt die Verfügung über die 8jährige Schulpflicht in der Weise in Kraft, daß erstmals die am 1. Mai 1921 in die Schule eintretenden Neulinge die Volksschule 8 Jahre lang zu besuchen haben. Wo die Verhältnisse es irgend erlauben, soll die Einführung eines 8. Schuljahrs schon vor der Endfrist 1928 verwirklicht werden. Anders ist es bei den Mittelschulen. Hier tritt die Vorschrift sofort mit dem 1. Mai 1921 in Kraft. Der ganze Betrieb, auch in unserer Stadt Calw, ist schon ab 1. Mai auf den 8jährigen Schulbesuch umzustellen. Diese Neuerung wird unserer Mittelschule viele neuen Freunde gewinnen, namentlich auch auf dem Lande, das immer mehr seine Töchter dieser Schule anvertraut. Denn sie ist reine Mädchenschule, in der sowohl der Unterricht als namentlich auch die Erziehung, die heute eine größere Rolle denn je spielt, spieziell auf die weibliche Jugend eingestellt ist. Hiezu tritt nun noch das höhere Lehrziel.

Mit dem 1. Mai soll auch die Einführung der Lernmittelfreiheit an der Volks- und Fortbildungsschule, zunächst für die Neueintretenden erfolgen. Auch sie soll 1928 endgültig durchgeführt sein, wobei leistungsfähigeren Gemeinden ein rascheres Tempo der Durchführung nahegelegt wird. Den Eltern ist es aber unbenommen, auf ihre Kosten die vorschriftsmäßigen Lernmittel zu beschaffen. Die amtlich besorgten Lernmittel verbleiben Eigentum der Gemeinde. Bei Verlust oder grober Beschädigung derselben durch die Schüler sind die Eltern ersatzpflichtig.

Schon am 15. Januar d. J. vollzieht sich die Neuordnung des Ortsschulrats: An Stelle des bisherigen Vorsitzenden hat der jeweilige Schulvorstand (Rektor, Oberlehrer oder einziger Lehrer bzw. deren Stellvertreter) die Geschäfte zu führen. Damit ist endlich dem durchaus berechtigten Anspruch der Schule auf Selbstverwaltung in diesem Punkt Rechnung getragen worden.

Neu ist auch die Zulassung der Lehrer zum Hochschulstudium. Bisher war der Zutritt zur Hochschule von bestimmten geistigen Leistungen des Einzelnen abhängig gemacht. Ob er künftig nicht von rein wirtschaftlichen Leistungen abhängig sein wird? Schon jetzt betragen bei 6jähriger Seminarzeit die Ausbildungskosten 24 000—30 000 ℳ. Das war früher ein Vermögen! Nun folgt aber nach den Bestimmungen des Besoldungsgesetzes auf die erste Prüfung eine Voranwärter- und Anwärterdienstzeit von 3 + 5, zus. 8 Jahren. Das eigentliche Besoldungsdienstalter beginnt dann mit dem 28. oder 29. Jahre; bei den mittleren Finanz- und Postbeamten dagegen beginnt der Anfangsgehalt des Ständigen schon mit dem 26. Jahr. Die Voranwärterzeit der Lehrer sollte in Anbetracht der ungeheuerlichen Höhe der Ausbildungskosten fallen, zum mindesten auf ein Minimum gekürzt werden.

Das neue Jahr bringt neue Aufgaben. Was unser Volk, was die Schule braucht, sind aber nicht in erster Linie neue Organisationen. Man kann auch zu tot organisieren. Was uns not tut, ist eine Reformation: nicht neue Formen, sondern ein neuer Geist, der neue Menschen schafft. Was helfen die schönsten Einrichtungen und Gesetze angesichts der sittlichen Verrohung unseres Volkes, auch schon unserer Jugend; angesichts des ungeheuren Egoismus und des absoluten Mangels an Gemeingeist? Es fehlt die neue Gesinnung, ohne die jedes Gesetz machtlos ist. Die neue Zeit fordert einen neuen Geist: statt Selbstsucht — Selbstlosigkeit; statt materieller Gesinnung einen den Verhältnissen angepaßten Idealismus. Wie gewaltig sind die Kräfte der Beharrung auf diesem Gebiet des Sittlichen, wo allein wahre Fortschritte möglich sind! Wer soll den neuen Geist schaffen? Wir Lehrer wollen das Unserige tun namentlich durch den Unterricht in den ethischen Fächern. Die große Mehrzahl der Erzieher ist darum auch nicht gesonnen, sich einen fruchtbringenden Religionsunterricht aus der Hand winden zu lassen. Kämpfe hierüber stehen uns im neuen Jahre bevor. — Was es aber auch bringe: Wir glauben an die Möglichkeit neuer Menschen; wir glauben an den Sieg der Gerechtigkeit über die Ungerechtigkeit, der Wahrheit über die Lüge. Dieser Glaube zieht die Kräfte des Neuen herbei, die Herr werden sollen über die finsteren Mächte der Beharrung. Und wer tiefer sieht, sieht diese Kräfte bereits am Werk. Ihnen gehöre die Zukunft!

Calw. B.

Bezirksobstbauverein.

Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Hauptversammlung führte Oberamtsbaumwart Widmann im Mustergarten den Winterschnitt vor. Er zeigte dabei die Behandlung der einzelnen Aeste und der Krone, die Erzielung von Fruchtholz und den Schnitt der wagrechten und senkrechten Schnurbäume, sowie der Stachelbeersträucher. Die praktischen Ausführungen fanden großes Interesse. In einem außerordentlich gediegenen, durchaus klaren und sachkundigen Vortrag im „Bad. Hof" verbreitete sich Landwirtschaftsinspektor Haakh über „Die Ernährung der Pflanze". Die Ernährungsfrage, führte der Redner aus, sei gegenwärtig an der Tagesordnung; für unser Dasein sei das Leben der Pflanze von grundlegender Bedeutung, denn alle unsere Nahrung, nicht bloß die pflanzliche, sondern auch die tierische, rühre schließlich von der Pflanze her. Wie ernähre sich nun die Pflanze? Als Werkzeuge der Ernährung kämen Wurzel, Blätter und Stengel in Betracht. Die Wurzelhaare nehmen den Wasserstoff und die in ihm gelösten weiteren Stoffe auf und tragen dann durch ein Leitungsnetz den Nahrungsstoff ins Innere der Pflanzen. An der Ernährung ist aber auch das Blatt ganz besonders beteiligt. Die Blätter enthalten Stärke, Eiweiß und Fetttröpfchen. Durch die Besonnung zeigt sich der grüne Pflanzenfarbstoff. Zum Pflanzenaufbau ist unbedingt Wasser nötig. Die oberirdischen Teile können kein Wasser aufnehmen, jede Aufnahme kommt von der Wurzel her. Dagegen nehmen die Blätter Kohlenstoff von der Luft auf und stoßen die Kohlensäure ab. Unentbehrliche Stoffe zur Ernährung und zum Bau der Pflanze gibt es etwa 10. Meistens sind diese Stoffe im Boden schon enthalten, im allgemeinen fehlen dem Boden nur 4 Stoffe, nämlich Stickstoff, Phosphorsäure, Kali und Kalk. Bei der Düngung der Obstbäume wird größtenteils natürlicher Stickstoff verwendet, da derselbe überall zur Verfügung steht. Eine einseitige Düngung ist aber zu vermeiden. Zu Stickstoff müssen noch die 3 anderen Stoffe treten. Dabei ist zu beachten, daß die wichtigsten Düngestoffe in den Boden gebracht werden müssen, damit sie durch die Wurzeln dem Baume zugeführt werden können. Der Dung soll so untergebracht werden, daß er auf die Wurzelhaare unter der Kronentraufe zu liegen kommt. Zu beachten ist, daß auch in der Nähe des Stamms sich Wurzelhaare befinden. Auf 1 Quadratmeter Standraum werden gerechnet 40 g Kalisalz, 125 g Thomasmehl, 50 g Salpeter und 50 g Kalkstickstoff oder 40 g Kalisalz, 30 g Thomasmehl und 70 g Stickstoff. Eine andere Mischung nimmt zu 2½ Zentner Superphosphat 4 Zentner Thomasmehl. Nicht gemischt darf werden Chilisalpeter mit Superphosphat, oder Latrine mit Thomasschlacke und Aetzkalk. Die Hauptsache ist, daß gut und nicht einseitig nur mit Latrine gedüngt wird. Lebhafter Beifall folgte den interessanten und praktischen Ausführungen. Der Vorsitzende, Oberpräzeptor Baeuchle, gab sodann einen Bericht über den Ausfall der Zeitschrift „Der Obstbaumfreund". Der Württ. Obstbauverein sah sich infolge der Steigerung aller Ausgaben gezwungen, die Zeitschrift eingehen zu lassen. Infolgedessen kann die Zeitschrift den Mitgliedern des Vereins bis auf weiteres nicht mehr zugestellt werden. An Stelle der Zeitschrift sollen nun treten vermehrte Obstbauversammlungen, mehrfache Prämierungen von Obstanlagen und Einführung von Lokalobstausstellungen. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Anträgen einverstanden. In einem Schlußwort sprach der Vorsitzende noch über schnell lohnenden, gewinnbringenden Obstbau. Er empfahl hiebei 1. die Anpflanzung früh- und reichtragender Obstsorten, 2. vermehrte Anpflanzung von Formobstbäumen entweder für sich oder auch als Pflanzung zwischen Hoch- und Halbstämmen und 3. Unterkulturenbetrieb von Beerenobst und Gemüse. — Die Versammlung, die sehr zahlreich besucht war, nahm durch rege Aussprache der Mitglieder einen sehr lebhaften Verlauf.

Erhöhung der Teurungszuschläge der Beamten.

Der Württ. Beamtenbund teilt uns mit, daß er an der bisher von ihm und dem Deutschen Beamtenbund vertretenen Forderung einer gleichmäßigen Erhöhung der Teuerungszuschläge für sämtliche Beamte unter Ablehnung einer Abstufung nach Ortsklassen festhalte. Einer derartigen Abstufung nach Ortsklassen werde der heftigste Widerstand entgegengesetzt. Der Württ. Beamtenbund hat der württ. Regierung die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß sie unter Berücksichtigung der hier nicht näher zu schildernden Notlage aller Beamtengruppen sich für eine gleichmäßige Erhöhung der Teuerungszuschläge einsetzen möge. Es wurde auch bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Spannung in der Ortsklasseneinteilung zu groß sei und daß die Einführung von nur 3 Ortsklassen (A, B, C) für das ganze Deutsche Reich als zweckmäßig erachtet werde. Durch die in den augenblicklichen Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Vertretern der Beamtenschaft zum Ausdruck gekommene Stellungnahme der Reichsregierung würde gerade das Gegenteil der bisherigen Bestrebungen der württ. Beamtenschaft auf Verringerung der Gegensätze in der Ortsklasseneinteilung erzielt; bei der gesamten württ. Beamtenschaft würde durch derartige Maßnahmen eine Erbitterung hervorgerufen, deren Folgen unabsehbar wären. Der Deutsche Beamtenbund und die Arbeitsgemeinschaft der Landessammelverbände sowie das Reichsfinanzministerium wurden telegraphisch von den Forderungen der württ. Beamtenschaft verständigt.

Aufklärung über den Mädchenraub.

(SCB.) **Stuttgart**, 11. Jan. Zu dem im „Kommunist" vom 10. ds. Mts. unter der Ueberschrift „Mädchenraub in Stuttgart" und hierauf von einer Reihe anderer Tageszeitungen berichteten Fall des Aufgreifens eines hilflosen Mädchens in Stuttgart teilt die **Polizeidirektion** folgendes mit: Am 18. September v. J. abends etwa um 8 Uhr wurde ein etwa 18 Jahre altes Mädchen von zwei Herren in Zivil in unmittelbarer Nähe der Polizeidirektion ohne Begleitung und weinend angetroffen und einer im Gebäude befindlichen Dienststelle mit kurzer Angabe dieses Sachverhalts übergeben. Da aus dem Mädchen über das woher und wohin nichts herauszubringen war, wurde es, wie in sonstigen derartigen Fällen üblich, zunächst der diensthabenden Polizeifürsorgerin übergeben und sodann wegen seiner völligen Hilf- und Mittellosigkeit und der Unmöglichkeit zu seinem eigenen Schutze gegen Verwahrlosung und Mißbrauch und zur Feststellung seiner Persönlichkeit und Herkunft, da der erste Eindruck der einer Polin war, in die Marienanstalt verbracht, die sich zur vorerst unentgeltlichen Aufnahme des mit keinerlei Papieren versehenen Mädchens bereit erklärt hatte. Von einer Aufnahme im Polizeigefängnis, die zur Feststellung der Persönlichkeit gerechtfertigt gewesen wäre, wurde mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse abgesehen. In der Marienanstalt fühlte sich das Mädchen offenkundig bald heimisch und zufrieden; es arbeitete willig und fleißig und verlor allmählich seine Schüchternheit. Inzwischen waren die Erhebungen über die Herkunft, Sprache und Persönlichkeit des Mädchens in vollem Gang. Die erkennungsdienstlichen Nachforschungen der mannigfaltigsten Art seitens der Polizeidirektion führten zu keinem Ergebnis; ebenso die von der Polizeidirektion veranlaßten Bemühungen des Auslandsinstituts, des Orientalischen Seminars in Berlin, aller der Polizei bekannten Persönlichkeiten, die im nahen oder fernen Orient gereist waren oder sonst die orientalischen Sprachen verstanden. Gewisse Anhaltspunkte dafür, daß das Mädchen aus dem Orient stammen müsse, hatten sich ergeben, doch blieb ihre

---

Isabella von Aegypten

Kaiser Karl des Fünften erste Jugendliebe.

7) Historische Erzählung von Achim v. Arnim.

Es tat ihr leid, daß er nicht einen Mund zum Küssen, nicht eine Nase habe, die ein göttlicher Atem herrschend und sanft geformt, daß keine Augen sein Inneres kundmachten und daß keine Haare den zarten Sitz seiner Gedanken umsicherten; aber ihre Liebe minderte das nicht. Sie ging sorgsam zu ihrem Zauberbuche, um sich wieder zu erinnern, was mit dieser gegliederten und beweglichen Rübe anzufangen sei, um ihre Kräfte, ihre Bildung zu entfalten, und sie fand es bald. Zuerst sollte sie den Alraun waschen, das vollbrachte sie, dann sollte sie ihm Hirse auf den rauhen Kopf säen, und wie diese aufginge in Haaren, so würden sich seine übrigen Gliedmaßen von selbst entwickeln, nur müsse sie an jede Stelle, wo ein Auge entstehen sollte, ein Wacholderkorn eindrücken, wo aber der Mund werden sollte, eine Hagebutte. Zum Glück konnte sie diese Sämereien alle herbeischaffen, die Alte hatte ihr neulich einige gestohlene Hirse gebracht, Wacholderbeeren brauchte ihr Vater häufig zum Räuchern in seinem Zimmer; sie hatte den Geruch nie leiden können, jetzt war er ihr lieb, denn es war noch eine Handvoll übrig geblieben; ein Hagebuttenstrauch hing im Garten noch voll roter Früchte als die letzte Pracht des Jahres. Alles wurde herbeigeschafft, zuerst die Hagebutte an den rechten Ort eingedrückt, sie merkte aber nicht, daß sie ihm diese bald aus Liebe schief küßte; dann drückte sie ihm zwei Wacholderbeerkerne ein, es schien ihr, als sähe der Kleine sie an, das gefiel ihr so wohl, daß sie ihm gerne ein Dutzend eingesetzt hätte, wenn sie nur einen schicklichen Platz dazu hätte ausfinden können; aber wo sie ihm am liebsten Augen eingesetzt hätte, hinten, da fürchtete sie, möchte er sich oft wehe daran tun; zuletzt brachte sie noch ein Paar Augen in seinem Nacken an, und wir müssen ihr eingestehen, daß diese Erfindung nicht ganz zu verachten gewesen sei. So fröhlich und ernstlich zugleich begann sie dies Werk, ein Wesen zu schaffen, das, wie der Mensch seinen Schöpfer, bis an sein Ende sie betrüben sollte; selbstzufrieden wie ein junger Künstler, dem alles über Erwartung glückt, besah sie ihr kleines, unförmliches Ungeheuer und verbarg es in einer zierlichen Wiege, die sie im Hause vorgefunden, wohlbedeckt mit Betten, entschlossen, selbst gegen die alte Braka dies als das erste Geheimnis ihres Lebens zu bewahren.

Braka, die sich am andern Abende durch ihr verabredetes Katzengeschrei kundmachte, merkte doch an ihr eine Veränderung und fragte listig nach allen Seiten, insbesondre als sie den schwarzen Hund nicht mehr bemerkte: „Gott sei gelobt, ist der Hund fort! wie ist's gekommen? Ich hätte den infamen Köter längst totgemacht, wenn ich gedurft hätte; aber da er vom Vater hinterlassen war, so durft' ich nicht; einmal hatte ich ihn doch schon im Sack und wollte ihn ersäufen, das biß er mich aber beim Aufheben des Sacks so scharf in die Hände, daß ich ihn mit dem Sack laufen ließ: nun sag', Kind, wie hast du es angefangen, ihn über die Seite zu schaffen?" — Bella sah seitwärts auf ihre Arbeit nieder, sie schälte Apfel und erzählte recht umständlich, wie sie nachts im Garten gewesen, wie ein schäumender Hund dort gegen sie angerannt sei, wie sich ihr schwarzer Simson auf ihn gestürzt und beide einander so grausam zerzaust und herumgerissen, bis der fremde Hund sich geflüchtet hätte, worauf der Simson lahm und blutend ihm nachgelaufen und seit der Zeit von ihr nicht wieder gesehen worden sei, vielleicht weil er gefühlt, daß er toll werde, und sie nicht habe verletzen wollen. Eine recht rührende Erfindung! Bella hatte sie so wahrscheinlich vorgetragen, ungeachtet es ihre erste Lüge war, daß Braka beruhigt war und sich in Verwunderung über das treue Tier und über das große Unglück, dem sie entgangen, ausließ. Nun hatte Bella Mut, ihr alles einzubilden, was sie künftig von ihrem Wurzelmännchen zu sagen nötig finden würde; doch wartete sie ungeduldig, daß die Alte ginge, denn sie fühlte eine rechte Unruhe, ob noch nichts Lebendiges an ihm wahrzunehmen sei.

Nachdem die Alte ihr Zwiebelgericht, das sie sich bereitet, ausgetunkt hatte, ging sie endlich von dannen. Bella schloß die Türe und eilte zu ihrer heimlichen Wiege; zagend deckte sie auf und freudig sah sie schon die keimende Hirse auf dem Scheitel des Wurzelmännleins, auch die Wacholderkerne hatten sich schon angesogen; es war überhaupt ein Bewegen innerlich in dem kleinen Wesen, wie Frühlings im Acker beim ersten heißen Sonnenscheine nach dem Regen, es wächst noch nichts, aber die Erde trennt sich und lockert sich, und wie die Sonnenblicke alles fördernd umgehen, so regte sie küssend alle Kräfte der geheimnisvollen Natur auf. Erst nach später Ermüdung entschloß sie sich, neben ihrem Kleinod schlafen zu gehen, ihre Hand aber ließ sie auf der Wiege ruhen, daß es ihr nicht entführt werden könnte.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Sprache im allgemeinen unverständlich. Auch gewann man im Laufe der Zeit den Eindruck, daß sie Buddhistin sei. Das Mädchen wurde Ende November in die Wohnung einer hiesigen Dame gebracht, die infolge ihrer Kenntnis der Sitten und Gebräuche des Orients hoffte, im täglichen Verkehr mit dem Mädchen weiteres Licht in das Dunkel zu bringen. Ueber Weihnachten wollte sie das Mädchen bei einem Herrn Formis, der früher einige Zeit in Ostasien gewesen war, unterbringen, da sie aus privaten Gründen über diese Zeit das Mädchen nicht beherbergen konnte. Inzwischen wurde auf Veranlassung der Polizeidirektion vom Vormundschaftsgericht dem Mädchen ein Vormund in der Person des Rechtsanwalts Haffner bestellt. Der Vormund hatte triftige Gründe, das Mädchen an seinem neueren Aufenthaltsort nicht zu belassen. Da die Herausgabe zunächst verweigert wurde, erwirkte der Vormund, der nach dem Gesetz zur Bestimmung des Aufenthalts berechtigt ist, am 7. Januar 1921 eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Stuttgart-Stadt dahin, daß das Mädchen an einen von ihm beantragten Gerichtsvollzieher herausgegeben und ihm unverzüglich zuzuführen, auch auf seine Anweisung unverzüglich in die Marienanstalt hier zu verbringen sei. Auf Grund dieser einstweiligen Verfügung wurde vom Vormund ein Gerichtsvollzieher mit der Ueberführung des Mädchens in die Marienanstalt beauftragt. Dieser brachte es mit Unterstützung von Polizeiorganen zunächst an die Marienanstalt, wo es jedoch infolge des noch nicht völlig aufgeklärten Eingreifens eines Dritten nicht zur Ablieferung kam. Hierauf wurde das Mädchen auf das Büro des Vormunds gebracht, von wo es unter Anwendung von Gewalt in dessen Abwesenheit sich entfernte. Das Mädchen kehrte zunächst in die Wohnung des Herrn Formis zurück. Vom jetzigen Aufenthalt ist nichts bekannt; die Nachforschungen sind im Gang. Im übrigen hat sich auch die Abteilung des Gemeinderats für soziale Fürsorge in ihrer Sitzung vom 10. ds. Mts. mit dem Gegenstand befaßt und dabei das Verhalten der Polizeidirektion nicht beanstandet.

Von der Marienanstalt, die in dem Artikel des „Kommunist" heftig angegriffen worden ist, erfahren wir weiter: Der Vorwurf, das Mädchen sei ausgenützt worden, ist falsch; seine Arbeit war vollkommen freiwillig und nicht einmal regelmäßig; von wunden Händen und Füßen kann keine Rede sein. Ueber ungenügende Kost zu klagen, hatte das Mädchen nicht den geringsten Anlaß; es erhielt dieselbe Kost, die Hunderte von Insassen der Marienanstalt täglich verabreicht wird. Es ist ferner unwahr, daß das Mädchen zum Besuche des katholischen Gottesdienstes gepreßt worden sei. Eines Abends weigerte sich das Mädchen, zu Bett zu gehen und griff eine Schwester mit dem Messer an. Die Schwester mußte sich wehren, zu Schlägen ist es aber auch dabei nicht gekommen. Die Marienanstalt war gern bereit, das Mädchen auf Veranlassung des Vormunds wiedr aufzunehmen. Daß es dazu nicht kam, liegt nicht an der Marienanstalt, sondern an dem Dazwischentreten eines Dritten.

!SCB.) Oberschwandorf, OA. Nagold, 11. Jan. Beim Tannenzapfenbrechen ist der 46 Jahre alte Flaschner Jakob Hehr, Vater von acht Kindern, zu Tode gestürzt.

!SCB.) Zuffenhausen, 11. Jan. Der schon länger schwer kranke 49jährige Gerber Minier hat, um seinem fortdauernden körperlichen und seelischen, aussichtslosen Elend zugleich mit demjenigen seiner Familie ein Ende zu machen, auf die kleineren Kinder und auf die Frau einige Revolverkugeln abgeschossen und dann sich selbst in der Gegend des Herzens eine Schußverletzung beigebracht. Die Frau traf er in die Schläfe, wogegen er die Kinder zum Glück verfehlte. Das schwerverletzte Ehepaar wurde zur Operation ins Bezirkskrankenhaus verbracht. Beide sind noch am Leben.

(SCB.) Stuttgart, 11. Jan. Durch Herabsetzung des Gaspreises soll ein Ausgleich für den Mehrverbrauch an Gas geschaffen werden, der in allen Haushaltungen seit der Verwendung des Koksgases eingetreten ist. Das Kubikmeter Gas soll von 1,35 ℳ auf 1,20 ℳ ermäßigt werden.

(SCB.) Heilbronn, 11. Jan. Die Organisation des Baugewerbes und die Vertreter der Stadt besprachen den schon länger projektierten Bauplan. Es sollen 97 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 4½ Millionen Mark unter Aufsicht der Stadtverwaltung erbaut werden. In einer weiteren Aussprache soll die Finanzierung unter Beteiligung von Industriellen festgelegt werden.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Ölschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

NIVEA

Vorbeugend, heilend, lindernd und kühlend bei spröder, rissiger Haut, Entzündungen, kleinen Verletzungen, Brandwunden und leichten Ausschlägen wirkt **Nivea-Creme.**

P. Beiersdorf & Co., G.m.b.H., **Hamburg.**
Hersteller der Zahnpasta PEBECO.

Wir setzen unsere Abnehmer davon in Kenntnis, daß die

Preise für Neu-Einrichtungen, Erweiterungen, Glühlampen und Sicherungspatronen wesentlich herabgesetzt worden sind.

Die neuen Tarife gehen in den nächsten Tagen den Schultheißenämtern und Ortsagenten zu und können daselbst eingesehen werden.

Station Teinach, 10. Januar 1921.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Teinach-Station (G. E. T.)

Bekanntmachung.

Wir machen unsere Abnehmer darauf aufmerksam, daß

wegen Stockung der Kohlenlieferung

in einigen Tagen mit der

Stillegung unseres Betriebes

gerechnet werden muß.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station.

Wir haben am Donnerstag, den 13. ds. Mts. im Gasthaus zur „Eisenbahn"

in Weilderstadt

einen großen Transport

erstklassiger, junger, schwerer

Arbeits-Pferde

zum Verkauf stehen und laden Kauf- u. Tauschliebhaber freundlichst ein

Löwengart & Gideon.

Felle

für Leder wie Pelzfabrikation kauft zu den allerhöchsten Tagespreisen an

Erich Maischhofer, Pforzheim
moderne Tierausstopferei, Lindenstr. 52, Tel. 1501.

Herzliche Einladung.

Im Missionshaus zu Liebenzell
wird, so Gott will,
Evangel. Göttler aus St. Georgen
von Dienstag, den 11. Januar, bis einschl. Dienstag, den 18. Januar, täglich abends 8 Uhr

Evangelisations-Vorträge

halten.

Eintritt frei für Jedermann.

Vom 11. bis 13. Januar findet ein

Bibel-Kurs

statt. Es sind Versammlungen vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr. Verschiedene Redner.

Von der Reise zurück
Dr. Roth
Spezialarzt für
Hals-, Ohren- und Nasen-Krankheiten
gegenüber Hauptbahnhof **Pforzheim** Bahnhofsplatz 2 II Telefon 545.

EUG. WILDBRETT
Homöopath u. Naturheilpraktiker
BAD LIEBENZELL
Schillerplatz 76, Fernruf 29
Spezialbehandlung durch Heißluftbäder und Massage. Augendiagnose. Urinuntersuchung
Urin ist bei jeder Behandlung mitzubringen
Zwanzigjährige Praxis
Sprechzeit: Werktags 10 bis 12 Uhr vorm., 2 bis 5 Uhr nachmittags. Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags.

Zum Salzvertriebe

auf eigene Rechnung wird geeignete Firma oder Persönlichkeit mit Fuhrwerk und Lager für den Platz und Bezirk gesucht. Lohnende Lebensexistenz. Angebote unter F. B. 8 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Füttere deine Tiere mit ‚Porox', sie danken es dir! Bestes Mischfutter, vom Reich genehmigt. Druckschriften von Chem. Fabrik Just. Ritter, Stuttgart. Zu haben bei Neue Apotheke, Calw.

Geldbeutel verloren.
Bitte um Rückgabe auf der Geschäftsstelle des Blattes.

Concordia
Donnerstag abd
Singstunde
L.

F. K.
Donnerstag, 13. Januar
Nachmittags ½3 Uhr
im Kaffeehause.

Ende nächster Woche beginnt ein

Abendkurs

für Anfänger und Fortgeschrittene (Einführung in Redeschrift) in

Gabelsberger Stenographie

Unterricht findet wöchentlich zweimal statt. Eintragungsliste mit näheren Angaben liegt in der Buchhandlung v. Ernst Kirchherr auf.

Frühlings-Wunsch.

Witwer, 48 Jahre alt mit 3 Kindern, eigen. Haus und etwas Feld, wünscht mit Fräulein oder Witwe mit 1 Kind, im Alter v. 30—45 Jahren bekannt zu werden

zwecks bald. Heirat.

Vermögen nicht bedingt.
Angebote unter J. F. 8 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kurzgesägtes, trockenes

Brennholz

in Fuhren zu Mark 80.— kann sofort geliefert werden
L. Kärcher, Sägewerk, Hirsau.

Gechingen.
Ein

Zucht-**Rind**

unter 2 die Wahl verkauft
Hermann Gehring.

Unterhaugstett.
Eine schwere, junge, 40 Wochen trächtige, gute

Nutz- und Fahr-

Kuh

verkauft
Gottlob Rau.

Bezirks-Obstbauverein Calw.

Der Verein wird auch in diesem Frühjahr wieder

Obstbäume und Edelreiser

für seine Mitglieder beschaffen.

Bestellungen wollen sofort, spätestens aber bis 20. Januar bei dem Unterzeichneten gemacht werden.

Zugleich wird bekanntgegeben, daß die Zeitschrift

„der Obstbaumfreund" wegfällt

und an seine Stelle vermehrte Versammlungen, Obstbaumprämierungen und Lokalobstausstellungen treten werden.

Bestellungen auf die Zeitschrift „der Obstbau" zu dem Preise von 10 Mk. werden sofort entgegengenommen.

Namens des Ausschusses:
Der Kassier: J. Knecht.

Schüler wünscht

Nachhilfe in Mathematik

Nur schriftliche Offerten unter H. D. 8 an d. Ge. ds. Bl

Mädchen

für Küche und Haushalt und ein

Mädchen

für Tagsüber zu einem Kind **gesucht.**
Café Wurster.

Fleißiges, zuverlässiges

Mädchen,

für sofort oder auf 1. Febr. **gesucht.**
Frau S. Stüber, Biergasse.

Ein Paar

Militärschuhe

Größe 29, und einen neuen

Anzug

Größe 160, und eine neue

Ladenkasse

hat zu verkaufen.
Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Kaufe alte Gebisse, alte Gold u. Silbersachen, silb. Löffel, Gabeln, Münzen, Medaillen, Uhren usw. Bodenteppiche sowie Altertümer jeder Art, auch alte, schöne Porzellansachen (Figur., Bas. usw.), alte Briefmark. jed. Art, Kreuzermark. auch auf Briefumschläg.

Musikinstrumente usw., zu höchst. Tagespreisen. — Komme selbst nach dort u. erbitte gefl. Adressen, mit näh. Angaben an die Geschäftsstelle d. Bl.

10000 Mk.

gegen gute Sicherheit **aufzunehmen gesucht.**
Angebote unter N. F. 8 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Möbliertes, heizbares

Zimmer

für sofort, von Herrn, gesucht. Angebote erbeten an
B. Zahn & Co., Calw.

Ein hübsch möbliert., heizb

Zimmer

pro Monat 85 Mk. Bezahlg. zu mieten **gesucht.**
Angebote sind zu richten unter A. C. 7 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Prima

Schuhfett

(Friedensware), gelb und schwarz empfiehlt
Friedrich Rägle, Altburg.

Guterhaltenen

Ablauf-Tisch

mit 3 Türchen verkauft
Carl Serva.

Neue gestrickte Jacke

preiswert zu verkaufen.
Frau Hager-Rothammel

Paketkarten
Lieferscheine
erhalten Sie rasch in der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.